

Der Klimazirkus ist vorbei – Hier ein Blick zurück

geschrieben von Andreas Demmig | 19. Dezember 2018

Die 24. „Conference of the Parties“ – auch COP24 genannt – endete nach zweiwöchigen Verhandlungen im polnischen Kattowitz. Rund 25.000 Delegierte aus fast 200 Ländern nahmen an dem Gipfel teil.

Wie jedes Jahr heizten die Delegierten sich mit dem Kampf gegen den Klimawandel und der Reduzierung der weltweiten CO₂-Emissionen gegenseitig an. Zu ihren Zielen gehört unter anderem, wie das Pariser Klimaabkommen von 2015 am besten umgesetzt werden kann.

Die größte Veränderung, die sich aus COP24 ergeben wird, ist die Einführung eines „Regelwerks“, das die teilnehmenden Nationen zur Berichterstattung über ihre Treibhausgasemissionen und Finanzierungsbemühungen [!] verwenden werden. Darüber hinaus soll die Berichterstattung es möglich machen, die Bemühungen anderer Regierungen zur CO₂-Reduktion zu überwachen.

Die USA zeigten sich erfreut über das neue Abkommen, in dem Glauben, dass dadurch andere Länder, für ihre CO₂-Emissionen mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Die USA haben China – die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt – als den größten Umweltverschmutzer der Welt deklariert, deren CO₂ jedoch scheinbar nie die gleichen Auswirkungen zu haben scheint.

„Das Ergebnis war ein bedeutender Schritt, um unsere wirtschaftlichen Konkurrenten zur Rechenschaft zu ziehen, indem sie ihre Emissionen in Übereinstimmung bringen mit den Standards, die die Vereinigten Staaten seit 1992 erfüllen“, heißt es in einer Erklärung des US-Außenministeriums.

Gleichzeitig wiederholte die amerikanische Regierung jedoch ihre Ablehnung gegen das Pariser Klimaabkommen und fügte hinzu, sie werde „keine Belastungen oder finanziellen Zusagen zur Unterstützung des Pariser Abkommens übernehmen und nicht zulassen, dass Klimaabkommen als Mittel zur Umverteilung von Wohlstand verwendet werden.“

Die Trump-Regierung hat ihre Opposition gegen das Pariser Klimaabkommen klargestellt, kann sich aber bis 2020 nicht offiziell zurückziehen. Inzwischen sendet das Weiße Haus Delegierte zur Teilnahme an Klimaverhandlungen. Bemerkenswert war, dass die USA während des Gipfels 2018 ein pro-fossil fuel forum für fossile Brennstoffe veranstalteten, das durch bestellte(?) Störer lautstark unterbrochen wurde.

Während die COP24 mit der Ermutigung der Länder endete, im Kampf gegen die globale Erwärmung mehr zu tun, ist nichts von dem zweiwöchigen Gipfel verbindlich. Das Fehlen wesentlicher Durchbrüche stieß auf Kritik.

„Zur Bekämpfung des Klima Notfalls erreichen wir nur langsam Erfolg, was kein Erfolg ist“, erklärte Durwood Zaelke, der Präsident des Institute for Governance and Sustainable Development [~Führung und nachhaltige Entwicklung]. „Das Regelbuch ist Jahrzehnte zu spät. Es sollte klar sein, dass der Konsensprozess der Vereinten Nationen niemals die kraftvolle Vereinbarung herbeiführen kann, die wir brauchen, um den Notfall zu meistern.“ (RELATED: **‘Embarrassing’: Climate Expert Explains What’s Wrong With The White House’s New Climate Report**) (... „Peinlich“: Klimaexperte erklärt, was in dem neuen Klimabericht des Weißen Hauses falsch ist)

Der Weltklimagipfel kam nach einem zusammenfassenden Bericht der Vereinten Nationen, der unterstellt, dass schnelle und drastische Maßnahmen erforderlich sind, um die Treibhausgasemissionen der Welt zu reduzieren oder die Menschen müssen Katastrophen ins Auge sehen.

Gefunden auf The Daily Caller vom 16.12.2018

Übersetzt durch Andreas Demmig

<https://dailycaller.com/2018/12/16/global-climate-summit-results/>

Die Welt – online, Daniel Wetzel, Wirtschaftsredakteur berichtet in einer längeren Abhandlung ebenfalls von der Konferenz

Hier eine gekürzte Zusammenfassung des Abschnitts zu Deutschland

Dramatische Konsequenzen für Deutschland

In Kattowitz forderten eine informelle „High Ambition Coalition“ einiger Inselstaaten und westlicher Musterländer wesentlich drastischere Maßnahmen. Der HAC schloss sich auch die deutsche Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) an.

Frau Schulze gab offiziell bekannt, dass die Bundesregierung im kommenden Jahr ein Klimaschutzgesetz erlassen werde, dass CO2-Ziele für die einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren beinhalten soll und ließ keinen Zweifel daran, dass sich diese gesetzlichen Vorgaben auf das 1,5-Grad-Ziel beziehen. Damit soll eine Halbierung der deutschen

CO2-Emissionen innerhalb der nächsten zwölf Jahre zum Ziel gemacht werden.

Solche bundesgesetzlichen Vorgaben sollen womöglich im Grundgesetz aufgenommen werden, damit ergeben sich dramatische Konsequenzen für Verkehr, Immobilienbesitz, Industrie und Landwirtschaft ebenso wie für Kraftwerke. Unklar ist derzeit noch, ob Organisationen wie etwa die Deutsche Umwelthilfe auf Grundlage dieser Norm die nötigen Klimaschutzmaßnahmen auf Bundesebene vor Gericht erstreiten können.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article185594612/Klimakonferenz-COP24-Noch-so-ein-Sieg-und-die-Welt-ist-verloren.html>